

Außenminister Colin Powell warb diese Woche im Nahen Osten für eine gute Zusammenarbeit.  
(Foto: Epa)

US-AUSSENMINISTER

# All the force necessary

**Der neue Außenminister Colin Powell gilt als "moderat" - seine "Powell-Doktrin" ist das Credo der amerikanischen Vietnam-Generäle, die nie wieder eine amerikanische Niederlage riskieren wollen.**

Als "Routine-Mission" bezeichnete US-Präsident George Walker Bush die Luftangriffe auf Bagdad am 16. Februar. 24 amerikanische und britische Kampfflugzeuge hatten fünf Radarabwehrstellungen des irakischen Regimes bombardiert. Nach irakischen Angaben starben dabei zwei Menschen, und Dutzende wurden verletzt. Die "Routine-Mission" sei ausgeführt worden, "um die flugfreien Zonen durchzusetzen", so Bush in seiner Begründung. Und das US-Verteidigungsministerium bezeichnete die Angriffe als "protective retaliation" (in etwa: Vergeltung zum Selbstschutz).

Die Aufregung außerhalb der USA war groß. Westeuropäische Zeitungen sagten eine neue Eskalation am Golf voraus. Frankreich, China und Russland - drei der fünf UN-Sicherheitsratsmitglieder - verurteilten die amerikanisch-britischen Angriffe. In arabischen Ländern brannten US-Fahnen. Selbst Nachbarländer des Irak, die die USA angeblich schützen will, etwa die Türkei, Jordanien und Iran, später sogar Saudi-Arabien, sprachen sich gegen die Bombardements aus. Offenbar stimmte in der Irak-Frage nur die kuwaitische Öldynastie mit den Regierungen der USA und Englands überein. Weltweit nimmt auch die Kritik an den Irak-Sanktionen zu. Und selbst in den USA hat sich herumgesprochen, dass zehn Jahre Embargo - so löchrig es auch sein mag - einen Großteil der irakischen Bevölkerung

bettelarm gemacht haben, während der Diktator Saddam Hussein weiterhin die Geschichte des Zweistromlands bestimmt.

## Gefragt: Intelligente Sanktionen

Um die amerikanische Irak-Politik den Gegebenheiten anzupassen und die Nahostpolitik auf den neuesten Stand zu bringen, begab sich am Wochenende ein alter Bekannter in die Region: Colin Powell, vor zehn Jahren Oberbefehlshaber der US-Armee, seit wenigen Wochen Außenminister der Bush-Regierung. Powells Aufgabe besteht darin, das längst zerfallende regionale Anti-Irak-Bündnis wieder aufzumöbeln. Von der Koalition aus 22 Ländern, die vor zehn Jahren gegen den Irak mobil machten, ist nichts übrig geblieben. Doch bislang gingen nur Bilder aus einem Wachsfiguren-Kabinetts um die Welt: Powell ließ sich auf seiner Viertagetour nicht nur mit Sharon und später Arafat ablichten. In Kuwait, zum 10. Jahrestag der Vertreibung der irakischen Truppen, hatten sich zu Powell und dem kuwaitischen Ölclan weitere Dinosaurier des Kalten Krieges und der gescheiterten "neuen Weltordnung" dazugesellt: Bush Senior, General Schwarzkopf und Margaret Thatcher.

Ob Powell mit Substantiellem nach Washington zurückkehrt, das eine Revision der bisher verfolgten Irak-Politik nahelegt, oder ob er nur Scherben in der Hand hält,

wird sich zeigen. Das Schlagwort der Stunde lautet "intelligente Sanktionen". Es war zum ersten Mal gefallen, als sich Präsident Bush und der britische Premier Blair vor wenigen Tagen zum Gedankenaustausch trafen. Die Irak-Sanktionen verursachten nach UNO-Angaben bis Ende letzten Jahres den Tod von rund 1,4 Millionen Irakern, darunter über 600.000 Kleinkinder. Und Saddam Hussein sitzt mit seinem Regime so fest im Sattel wie vor zehn Jahren. "Intelligent" attackiert werden sollen die irakischen Programme zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen sowie Auslandsvermögen und Bewegungsfreiheit der irakischen Führungselite: Mitglieder der Baath-Partei und des Zirkels um Saddam Hussein. Der britische Staatsminister Brian Wilson schlug gleichzeitig vor, die Sanktionen in den Bereichen der Infrastruktur sowie der Ölindustrie im vollen Umfang aufzuheben.

Anders als in London wird ein möglicher Richtungswechsel in Washington bisher nur hinter verschlossenen Türen diskutiert. Doch nicht nur bei der Irak-Politik, sondern auch bei der der Akzentsetzung der gesamten US-Außenpolitik haben sich in der US-Regierung zwei Strömungen herausgebildet. Die eine wird von Vizepräsident Richard Cheney vertreten, der als der eigentliche "starke Mann" im Weißen Haus gilt. Er wird von Pentagon-Chef Donald Rumsfeld unterstützt, und ihre außenpolitischen Vorstellungen tendieren in Richtung Interventionismus und "global police". Cheney und Rumsfeld wird der Hang zu einer rücksichtslosen Interessenspolitik nachgesagt, die in der Aufstockung und Modernisierung des imperialen US-Militärapparates sowie seiner sofortigen Anwendung bei Bedarf besteht. Die "Pentagon-Frak-

tion" repräsentiert die Interessen der amerikanischen Rüstungsindustrie. Und ihr dient das Feindbild des "Hitlers von Bagdad" seit zehn Jahren nicht nur als Rechtfertigung für die maßlose Aufrüstung in Nahost, sondern auch für Haushalte in Milliardenhöhe. Vor allem Israel, aber auch die Golf-Scheichtümer und Saudi-Arabien strotzen vor US-Waffen. Und die Entwicklung neuer Nuklearsysteme sowie ein Raketenabwehrschild scheinen ebenfalls durch "Schurkenstaaten" wie den Irak gerechtfertigt.

## Musterknabe des "American Dream"

Außenminister Colin Powell gilt dagegen als Vertreter einer "moderaten" US-Außenpolitik und aufgrund seiner Biographie als Musterbeispiel für eine Karriere im "American dream". Der Sohn jamaikanischer Einwanderer wuchs im armen New Yorker Stadtteil Bronx auf, und er sitzt auf dem höchsten Posten, den ein Afroamerikaner je hatte: "He made it." Er stellt sozusagen die "political correctness" der rechten US-Hardliner dar. In den 80er Jahren war er im nationalen Sicherheitsteam unter Ronald Reagan aktiv. Er diente von 1983 bis 1986 Verteidigungsminister Caspar Weinberger als Militärberater. Ein Jahr später war er nationaler Sicherheitsberater. Als Oberkommandierender in der Operation "Wüstensturm" - die er anfangs abgelehnt hatte - verdiente sich Powell schließlich den Ruf eines Nationalhelden. Denn er hatte mit Erfolg eine Doktrin verfolgt, die nach ihm benannt ist: militärische Interventionen als letzter Ausweg; nur, wenn ein Sieg und "exit strategy" garantiert sind und eine vielfache Überlegenheit über den Feind gegeben ist. Die "Powell-Doktrin" ist das Credo der amerikanischen Viet-

nam-Generäle, die nie wieder eine amerikanische Niederlage oder eine ungewollte kriegerische Verwicklung mit ungeplantem Ausgang riskieren wollen. In Powells Autobiographie ist die Invasionsstrategie mit folgenden Worten ausgedrückt: "Use all the force necessary and do not apologize for going in big if that's what it takes" ("Jede Gewalt anwenden, die nötig ist, und sich nicht dafür entschuldigen, dass man groß hineingegangen ist, wenn das notwendig war").

Dass Powells Ruf allerdings auch auf Auslassungen beruht, darauf wies die linke Zeitschrift "The Nation" vor kurzem hin. So war er für das "cover up" des Massakers im vietnamesischen My Lai von 1968 mit verantwortlich, bei dem mehr als 300 Zivilisten von GIs abgeschlachtet worden waren. Powell war Mitte der 80er Jahre unter Reagan eine der finanziellen und politischen Hauptstützen der nicaraguanischen Contras. Im Dezember 1989 war er als Armeechef verantwortlich für weiteren "collateral damage": während der Panama-Invasion, bei der mehr als 300 Panamesen starben, 3.000 schwer verletzt und über 15.000 obdachlos wurden. Dass im Hinblick auf Powell der Begriff Kriegsverbrecher nicht allzu weit hergeholt ist, zeigt darüber hinaus ein Beispiel aus den USA selbst. Ende 1999 waren 136.000 der etwa 650.000 Soldaten, die im Golfkrieg die amerikanischen Ölinteressen verteidigten, offiziell als Kriegsinvaliden eingestuft. Sie waren diversen Nervengasen ausgesetzt. Ihrem Chef Colin Powell fällt dazu nichts anderes ein als zu behaupten, es sei doch nicht so schlimm gewesen. Um bei seinem heutigen Chef Bush Junior zu bleiben, sozusagen eine "Routine-Mission".

Max Böhnelt, New York

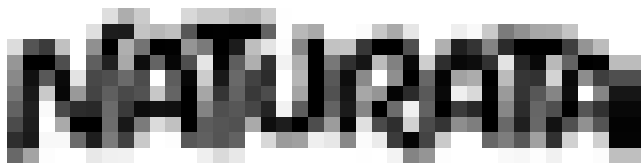
Max Böhnelt ist freier Journalist und lebt in New York.

# Bio für alle

## Ja bitte, aber nicht über den Weg von Dauertiefpreisen!

Gerade in den letzten Wochen und Monaten haben wir gesehen, wohin es führt, wenn im Handel mit Dauertiefpreisen operiert wird. Der wirtschaftliche Druck landet immer wieder beim Produzenten, in diesem Falle dem Landwirt oder Gärtner.

Deswegen engagieren wir uns für gerechte Preise auf allen Wertschöpfungsstufen. Nur so ist es möglich, nachhaltig und verantwortungsvoll die biologische Landwirtschaft konkret zu fördern und weiter zu bringen. Und nur mit einer gesunden Ausbreitung der biologischen Landwirtschaft ist es möglich, dass BIO für alle zugänglich wird.



**NATURATA: Rolléngergronn, Ettelbréck, Diddeleng, Capellen, Hëpperdang**